



Karlstraße 14
40210 Düsseldorf

Tel. 0211 171 18 83
Fax 0211 175 25 27

E-Mail: info@le-gymnasien-nrw.de
www.le-gymnasien-nrw.de

Stellungnahme zur Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I Erlassentwürfe Stand 03.06. und 04.06.2008

Die Landeselternschaft begrüßt grundsätzlich die Ganztagsoffensive der Landesregierung, da sich durch die Erweiterung der Stundentafel in der Sek. I im Rahmen der Schulzeitverkürzung Nachmittagsunterricht an den Gymnasien an ein bis zwei Tagen als notwendig erwiesen hat.

Durch einige Nachfragen von Eltern in unserer Geschäftsstelle fiel uns auf, dass auf der Homepage des Schulministeriums bereits die Bestimmungen des Entwurfs als vorläufige Regelungen aufgeführt werden und in der Schulmail vom 6. Juni 2008 als verlässlich bezeichnet werden. Dies führte zu Irritationen, da nach unserer Einschätzung, Regelungen, die noch zur Beurteilung der Verbände anstehen, keineswegs bereits Planungssicherheit für die Schulen bedeuten können, wenn man die Beteiligung der Verbände ernst nimmt. Bei allem Verständnis für den Zeitdruck zur Umsetzung der Ganztagsoffensive steht gerade die inhaltliche detaillierte Ausgestaltung noch zur Beurteilung an.

Einrichtung gebundener Ganztagschulen im Gymnasialbereich

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Wahlmöglichkeit der Eltern zwischen Halbtags- und Ganztagsgymnasien erheblich ausgeweitet und gestärkt wird. Gibt es zurzeit landesweit nur 27 Gymnasien und 22 Realschulen im Ganztags, so sollen jeweils in den Schuljahren 2009/2010 und 2010/2011 in jedem der 54 Kreise in NRW je ein Gymnasium und eine Realschule zu einer Ganztagschule ausgebaut werden.

Der Landeselternschaft erscheint es darüber hinaus sinnvoll, dass die pädagogischen Konzepte der Schulen ausschlaggebend für die Genehmigung zur Einrichtung eines Ganztagsbetriebes sein sollen und dass dadurch neue Anstöße zur Entwicklung pädagogischer Konzepte gegeben werden. Wir begrüßen auch, dass die Beteiligung der Schulkonferenz für die Verabschiedung des pädagogischen Konzeptes für den Ganztags und somit auch eine Beteiligung.

der Eltern vorgesehen ist. Die Antragsfrist bis zum 31.10.2008 zur Errichtung eines Ganztagsgymnasiums erscheint uns allerdings für die Entwicklung pädagogischer Konzepte und für die Beratung in den Mitwirkungsgremien zu knapp bemessen.

Träger genehmigter Ersatzschulen ihrer jeweiligen örtlichen Repräsentanz entsprechend zu berücksichtigen, halten wir für sinnvoll, da sie vor Ort häufig eine große Akzeptanz erfahren und somit auch den Schülern und Eltern dieser Schulen die Möglichkeit zum Besuch einer Ganztagschule eröffnet wird.

Pädagogische Übermittagsbetreuung, Programm „Geld oder Stelle“

Durch die Zuweisung eines Budgets von 25.000 Euro pro Gymnasium im Rahmen des neuen Programms „Geld oder Stelle“ kann eine sinnvolle Rhythmisierung der langen Schultage an den Gymnasien erfolgen. Die Landeselternschaft begrüßt ausdrücklich, dass die Schulen diese Mittel flexibel sowohl für die Übermittagsbetreuung als auch für ergänzende Arbeitsgemeinschaften einsetzen und somit ihr Schulprofil stärken können. Aus Elternsicht, ist es richtig, dass auch hier über die inhaltliche Einführung und Durchführung des Programms ein Schulkonferenzbeschluss vorgesehen ist. Positiv bewerten wir auch, dass die Schulen, die bereits vor dem 15. April 2008 ein Dreizehn Plus-Programm hatten und den Pauschalbetrag des Programms „Geld oder Stellen“ überschreiten, dieses umfangreiche Angebot fortführen können, da keine Schule durch das neue Programm schlechter gestellt werden darf.

Für die Umsetzung des Programms „Geld oder Stelle“ regen wir zudem an, dass den Schulen die zusätzliche Option eröffnet wird, eine Kombination aus Stellenanteilen und Finanzmitteln in Anspruch zu nehmen.

„1000-Schulen-Programm“

Auch die Ausgestaltung des Investitionsprogramms, das vorrangig die Gymnasien mit jeweils bis zu 100.000 Euro beim Ausbau von Mensen und Aufenthaltsräumen unterstützt, ist aus Elternsicht gut durchdacht, da selbst die Kommunen, die unter dem Haushaltssicherungsgesetz stehen, die hierfür erforderliche Kofinanzierung aus der Schul- und Bildungspauschale leisten können. Wir halten es für sinnvoll, den Schulen, die bereits fertige Konzepte für einen Mensabetrieb haben – nicht selten von Eltern initiiert und organisiert -, den Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu gestatten und damit eine schnelle Umsetzung zu ermöglichen.

„Fünf-Tage-Woche an Schulen“

Wir begrüßen es, dass in dem Erlassentwurf die zwischen dem Schulministerium, der Landeselternschaft der Gymnasien, den Westfälisch-Lippischen und Rheinischen Direktorenvereinigungen und dem Philologenverband NW getroffenen Absprachen zum Umfang des Nachmittagunterrichts an den Gymnasien aufgenommen wurden.

Die Landeselternschaft bedauert es, dass der nun vorliegende Entwurf den Gymnasien nicht länger die Option offen lässt, Unterricht auch an drei oder vier Samstagen zu erteilen. Bis Mensen gebaut und Ganstagskonzepte umgesetzt werden können, würde diese Unterrichtsverteilung gerade für die jüngeren Schüler des Gymnasiums eine schnelle Entlastung bringen. Jedes Gymnasium sollte hier seine eigene schulspezifische Lösung finden können. Uns sind auch Gymnasien bekannt, die besondere Förderungen der Schüler z.B. im Fach Mathematik auf den Samstag gelegt haben.

Grundsätzlich hält die Landeselternschaft eine verbindliche Pausenregelung für sinnvoll, da Nachmittagsunterricht für die Schüler nur dann erfolgreich und gewinnbringend gestaltet werden kann, wenn zuvor eine angemessene Pause mit entsprechender Verpflegung stattgefunden hat. Allerdings sollte die Übergangsfrist zur Regelung der Pausenzeit verlängert werden, da das Investitionsprogramm 1000 Schulen nach unseren Informationen erst zu Beginn des Jahres 2009 startet und demnach die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen an vielen Schulen erst dann geschaffen werden können.

Düsseldorf, den 7. Juli 2008